

Landratsamt Nürnberger Land 91205 Lauf a d Peg
-GEGEN POSTZUSTELLUNGSURKUNDE-

Herrn
Robert Deschner
Industriestr 60 A
90537 Feucht

Landratsamt Nurnberger Land
Sicherheits- und Gewerberecht

Auskunft erteilt	E Mail Adresse	Tel 09123	Fax 09123	Zimmer	Lauf a d Pegnitz
Frau Gnan	c gnan@nuernberger-land.de	950-6301	950-8014	Nr 151	17 06 2013
Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben)		Ihre Zeichen		Ihre Nachricht vom	
33-Gn					
Erreichbarkeit		Um Wartezeiten zu vermeiden können Sie gerne telefonisch einen Gesprächstermin vereinbaren!			

Vollzug der Gewerbeordnung
Ertelung einer Erlaubnis nach § 34 c Gewerbeordnung (GewO),
hier Antrag vom 04 06 2013

Anlagen

1 Makler- und Bautragerverordnung

Das Landratsamt Nurnberger Land erlasst folgenden

BESCHEID

1 Herrn

<u>Name, Vorname</u>	<u>Geburtsdatum</u>	<u>Staatsangehörigkeit</u>
Deschner, Robert	28 06 1963	amerikanisch
<u>Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße, Nr) des Betriebssitzes</u>		
90537 Feucht, Industriestr 60 A		

wird die Erlaubnis erteilt zur

- ☒ Vermittlung des Abschlusses und Nachweis der Gelegenheit zum Abschluss von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Wohnräume, gewerbliche Räume

2 Herr Robert Deschner hat die Kosten des Verfahrens zu tragen

Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von 500 EUR zuzüglich 3,09 EUR Auslagen (Gesamtbetrag von 503,09 EUR) festgesetzt, die durch den am 14 06 2013 geleisteten Kostenvorschuss abgegolten ist



Dienstgebäude
Waldluststraße 1
91207 Lauf a d Pegnitz
Telefon 09123 950 0
Zentralfax 09123 950 8009
info@nuernberger-land.de
www.nuernberger-land.de

Besuchszeiten
Montag 7 30 – 16 00 Uhr
Dienstag 7 30 – 16 00 Uhr
Mittwoch 7 30 – 12 30 Uhr
Donnerstag 7 30 – 18 00 Uhr
Freitag 7 30 – 12 30 Uhr

Konten
Sparkasse Nürnberg
Nr 240 106 526 (BLZ 760 501 01)
IBAN DE 18 7605 0101 0240 1065 26 BIC SSKNDE77XXX

Stadtbuss Lauf
Haltestelle Altdorfer Straße
Haltestelle Landratsamt
S Bahn
Linie S 1
Lauf West und
Lauf (l Pegnitz)

GRUNDE

Sachlich und ortlich zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Landratsamt Nürnberger Land (§ 1 Abs 2 Satz 1 Nr 1 der Verordnung zur Durchführung der Gewerbeordnung, Art 3 Abs 1 Nr 2 des Bayer Verwaltungsverfahrensgesetzes)

Wer gewerbsmäßig die in § 34 c Abs 1 GewO aufgeführten Tätigkeiten (Makler, Bauträger oder Baubetreuer) ausüben will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 1, 2, 5, 6 und 10 des Kostengesetzes i V m Tarif-Nr 5 III 5/14 in der derzeit gültigen Fassung

HINWEISE

1 Makler- und Bauträgerverordnung - MaBV -

Die Bestimmungen der MaBV (siehe Anlage) in ihrer jeweils geltenden Fassung - sind bei Ausübung der Gewerbetätigkeit genauestens zu beachten

Bitte beachten Sie auch das Wohnungsvermittlungsgesetz (WoVermittG)

2 Gewerbeanzeige

Der Beginn, die Beendigung der Gewerbetätigkeit, eine Betriebssitzverlegung usw ist sofort der jeweiligen Betriebssitzgemeinde **anzuzeigen** (§ 14 Abs 1 Gewerbeordnung -GewO-)

Durch die Anzeige der Betriebsaufgabe erlischt diese Erlaubnis nach § 34c GewO nicht !

Ordnungswidrigkeit

Nach § 146 Abs 2 Nr 1 GewO handelt derjenige ordnungswidrig, der eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet

Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 1 000,00 EUR geahndet werden

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Ansbach, Postfachanschrift Postfach 6 16, 91511 Ansbach, Hausanschrift Promenade 24, 91522 Ansbach, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Gewerbe-rechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Die Klageerhebung in elektronischer Form (z B durch E-Mail) ist unzulässig
- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01 07 2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten


Gnan

